

# Bekanntnis zum Sprengplatz

- Thomas Bareiß informiert über Bundeswehrgutachten
- „Keine Gefährdung für die Trinkwassernutzung“

VON SIEGFRIED VOLK

**Stetten a.k.M./Heuberg** – Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß befindet sich nach eigenen Angaben in einem regen Austausch mit dem Bundesverteidigungsministerium bezüglich der Neuerrichtung des Sprengplatzes „Spitalwäldle“. So informierte der Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums Rüdiger Wolf MdB Bareiß über die Ergebnisse der Gutachten, die im Auftrag des Ministeriums erstellt worden sind. Die Ergebnisse der Gutachten sind in enger Abstimmung mit den Landratsämtern Zollernalbkreis und Stigmaringen sowie dem Regierungspräsidium Tübingen in die Bauplanung eingeflossen. So bestehe durch entsprechende Vorkehrungen keine Gefährdung für die Trinkwassernutzung und auch die Druckwellen würden durch die Dämpfung- und Schutzschicht stark verringert.

Insgesamt werde damit dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes sowie der Erdbebensicherheit hinreichend Rechnung getragen. Entgegen der Befürchtungen sei auch die ortsansässige Herstellung von Präzisionsprodukten von der künftigen Nutzung des geplanten Sprengplatzes nicht betroffen. Des Weiteren wurden durch den Eingriff in den Waldbestand umfassende Aufforstungsmaßnahmen angeordnet. Abschließend erklärte Staatssekretär Wolf, dass es sich bei dem Sprengplatz nicht um eine Kampfmittelbesetzungsan-

ge handele – die Beseitigung von Munition erfolgt durch zivile Leistungserbringer.

„Ich begrüße den Sprengplatz! Das ist eine Investition über sechs Millionen Euro in die Infrastruktur des Truppenübungsplatzes. Ich bin davon überzeugt, dass wir den Sprengplatz brauchen“, machte der Abgeordnete gegenüber dem SÜDKURIER deutlich. Damit



*„Ich begrüße den Sprengplatz. Das ist eine Investition über sechs Millionen Euro in die Infrastruktur des Truppenübungsplatzes. Ich bin davon überzeugt, dass wir den Sprengplatz brauchen.“*

**Thomas Bareiß,**  
CDU-Bundestagsabgeordneter

würde natürlich auch die Zukunft der Bundeswehr auf dem Heuberg ein Stück weit gestärkt. „Sollte der Sprengplatz nicht gebaut werden können, wäre das sicher keine gute Nachricht für die Zukunft der Bundeswehr auf dem Heuberg“, hebt Bareiß hervor, dass er die Sorgen der Bürger sehr ernst nehme und eine entsprechende Aufklärung und Transparenz für zwingend notwendig hält. Des Weiteren hebt er den Stellenwert der Bundeswehr für den Wahlkreis hervor, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über

die zukünftige Bundeswehr-Struktur und daraus folgenden Bundeswehrstandortentscheidungen. „Ich werde mich mit meiner ganzen Kraft für die vier Bundeswehr-Standorte und die ca. 6000 direkt davon abhängigen Arbeitsplätze in unserem Wahlkreis einsetzen und bin in engem Kontakt mit dem Bundesverteidigungsministerium“, so der CDU-Abgeordnete.

Wie der SÜDKURIER mehrfach berichtete, hatte das Verwaltungsgericht Stigmaringen im Mai im Wege einer einstweiligen Verfügung entschieden, dass die Bundeswehr die Bauausführung auf dem Truppenübungsplatz längstens bis zu einer vollziehbaren Entscheidung des zuständigen Bundesministeriums zu unterlassen habe. Als Antragstellerin hatte sich die Stadt Albstadt, auf deren Gemarkung der Sprengplatz gebaut werden soll, mit einem Eilantrag an das Gericht gewandt und ein naturschutzrechtliches Gutachten sowie ein Lärm-, ein Erschütterungs- und ein hydrologisches Gutachten gefordert. Seit einem halben Jahrhundert existiert auf dem Truppenübungsplatz ein Sprengplatz, der nun ausgebaut und zusätzlich zwei weitere errichtet werden sollen. Insgesamt will die Bundeswehr rund elf Millionen Euro investieren. Der Baubeginn war für September 2009 geplant. Bei einer Bürgerversammlung in Stetten a.k.M. im November hatte der Kommandant des Truppenübungsplatzes, Oberstleutnant Udo Eckbrett, das Vorhaben erläutert, das von einer Aktionsgruppe aus Albstadt aus Gründen des Naturschutzes und möglicher massiver Lärmbelastigung abgelehnt wird.